



Nr. 167 / 10.11.2023

Der Flüchtlingsgipfel – eine vertane Chance

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
die „Ampel“ ist stehend k.o. Sie hat schlichtweg nicht mehr die Kraft – nicht nur beim Thema Migration – noch irgendwas Sinnhaftes und Gestaltendes für dieses Land zu entscheiden. Zudem leidet die „Ampel“ offensichtlich an Realitätsverlust.

Die Zahl neuer Asylanträge ist so hoch wie seit der Flüchtlingskrise 2016 nicht mehr! Diese Zahlen bringen nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern die gesamte Infrastruktur (Behörden, Kitas, Schulen, Arztpraxen) unseres Landes endgültig an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Das Thema Migration besorgt die Bürger wie kein zweites: Laut einer repräsentativen ARD-Umfrage sind 80 Prozent (!) der Ansicht, dass die Bundesrepublik „eine grundsätzlich andere Asyl- und Flüchtlingspolitik braucht, damit weniger Menschen zu uns kommen“.

Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hat zu Beginn der Woche gemeinsam mit dem Bundeskanzler eine Reihe von Beschlüssen zur Migrationspolitik gefasst. Allerdings handelt es sich hierbei leider fast nur Prüfaufträge und vage Absichtserklärungen, die bei weitem nicht ausreichen werden, um irgendetwas spürbar zu ändern. Eine vertane Chance, um Einsicht und Handlungsfähigkeit zu beweisen, bevor die Stimmung in der Bevölkerung endgültig kippt.

Das, was dort vereinbart wurde, ist aber eben bei Weitem nicht ausreichend, um die Herausforderungen tatsächlich zu bewältigen. Doch die SPD spricht allen Ernstes von einem historischen Erfolg. Das ganze Land reibt sich die Augen und sucht, wo dieser Erfolg zu finden sein soll. Die „Ampel“ muss aufhören, den Menschen beim Thema Migration Sand in die Augen zu streuen.

Statt diesem wirkungslosen Klein-Klein brauchen wir endlich eine grundlegende Neuordnung der Migrationspolitik und eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung. Hierzu braucht es:

- Effektiven Grenzschutz mit der Möglichkeit zu Zurückweisungen an der Grenze; wer kein Bleiberecht hat, den verteilen wir erst gar nicht auf die Kommunen.
- Durchführung nationaler Asylverfahren auch außerhalb Europas

- Konsequente Abschiebungen mit schnelleren Verfahren, zentralen Ausreisezentren an Flughäfen und einer massiven Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten
- Aussetzung des Familiennachzugs
- Rückführungsabkommen statt Sonderaufnahmeprogramme
- Senkung der Sozialleistungen für Asylbewerber auf das europäische Maß und die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, um Pull-Faktoren endlich zu reduzieren.
- Entkoppelung von „Bürgergeld“ und Asyilleistungen

Kurzum: Es braucht es eine grundlegende Wende in der Migrationspolitik. Ansonsten droht die völlige Überforderung der Kommunen – und eine Gefährdung der politischen Stabilität unseres Landes.

Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB